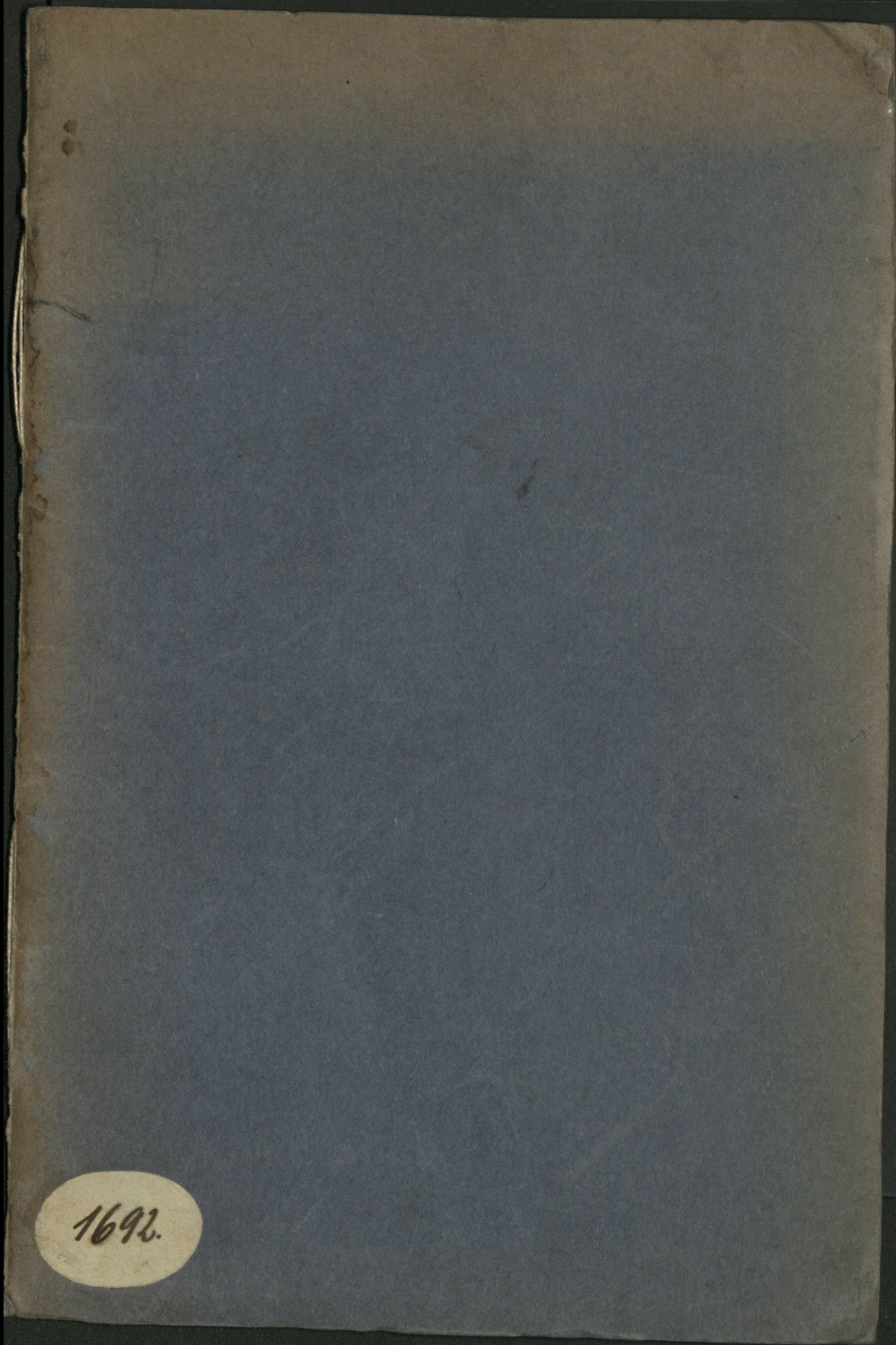


Grey Scale #13



DANES-PICTA .COM

A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19



1692.



1692.

Erwerbs-Buch Nr. 1692

Die drei Invasionen Frankreichs

von

Dr. h. c. Max Graf Montgelas

General der Infanterie a. D. und korrespondierendes
Mitglied des Instituts für internationales Recht.

*



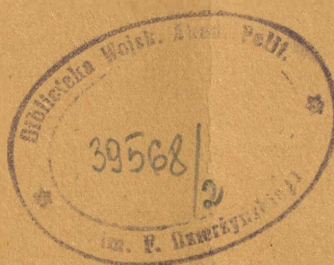
9787
~~32 W.~~

Berlin 1932

351.9/523.82/K

SONDERABDRUCK Nr. 1

aus „Berliner Monatshefte“. 10. Jahrgang. Januar 1932. Herausgegeben von der
„Zentrale für Erforschung der Kriegsursachen“. Dr. h. c. Alfred von Wegerer.
Quaderverlag, Berlin NW 6.



Die drei Invasionen Frankreichs.

Graf Max Montgelas.

Immmer wieder findet sich in amtlichen Äußerungen der französischen Regierung die Behauptung, daß Frankreich im Laufe eines Jahrhunderts wiederholt das Opfer von „Invasionen“ geworden sei. Auf der Konferenz von Washington 1922 über die Seerüstungen waren es vier, in der am 15. Juli 1931 dem Völkerbund überreichten Denkschrift über die Landrüstungen sind es drei Invasionen, offenbar infolge von Zusammenfassung der Ereignisse von 1814 und 1815.

Die Invasionen von 1814 und 1815.

Von allen Behauptungen ist wohl diese die überraschendste. Als von der „Großen Armee“, die mit mehr als 600 000 Mann — darunter die Hälfte Zwangsverbündete — im Februar 1812 die Elbe, am 23. Juni den Njemen überschritten hatte, etwa zwei Drittel gefallen, gefangen, desertiert oder an Hunger und Kälte qualvoll zu Grunde gegangen waren, und nur Trümmer über die russische Grenze zurückfluteten, da regte sich zuerst in Preußen, dann allmählich auch in anderen deutschen Ländern die Hoffnung, daß der Zeitpunkt zur Befreiung des heimatlichen Bodens von sechsjähriger französischer Invasion gekommen sei. Doch Napoleon, der dem geschlagenen Heere nach Paris vorausgeeilt war, zog im Frühjahr 1813 mit frischen Reserven aus dem seit Jahren von keinem Feind betretenen Frankreich zu abermaliger Invasion über den Rheinstrom weit nach Deutschland hinein. Nach monatelangen, mit wechselndem Glück geführten Kämpfen kam es zu einem Waffenstillstand auf deutschem Boden. Als dann der französische Kaiser Ende Juni die österreichische Vermittlung abgelehnt hatte, die Deutschland bis zur Elbe unter französischem Protektorat, das gesamte linke Rheinufer einschließlich Hollands und Belgiens, sowie ganz Italien innerhalb des französischen Reiches belassen hätte, erkannte auch Metternich, daß Österreichs natürlicher Platz an der Seite Preußens, Englands und Rußlands sei, um der napoleonischen Universalherrschaft ein Ende zu machen. Wiederum folgten Kämpfe mit wechselndem Glück, bis schließlich Mitte Oktober in der dreitägigen

Völkerschlacht von Leipzig — 350 Kilometer östlich des Rheins, 760 Kilometer östlich Paris — die lange Fremdherrschaft gebrochen wurde. Die aufs Haupt geschlagene französische Armee geriet beim Rückzug an den Rhein allmählich in ähnliche Auflösung wie nach der russischen Katastrophe. Die letzten Rheinbundstaaten schüttelten das Joch ab. Auch bei den anderen Vasallen, ja in Frankreich selber war die Autorität Napoleons erschüttert. Nochmals versuchte Metternich zu verhandeln, und zwar auf einer Grundlage, die nur das deutsche Land östlich des Rheins befreit, das deutsche linke Ufer jedoch sowie Belgien bei Frankreich belassen hätte. Zum Glück für Europa zögerte Napoleon so lange, dieses glänzende Angebot anzunehmen, daß Zar Alexander durchsetzen konnte, die Verhandlungen zwar nicht abubrechen, doch gleichzeitig den Krieg weiterzuführen. Im Manifest vom 1. Dezember verkündeten die Verbündeten, daß sie nicht gegen Frankreich, sondern gegen Napoleon kämpften, Frankreich solle groß, stark und glücklich sein.

Erst in der Neujahrsnacht 1813/14 wurde der Rhein überschritten und die Befreiung des linken Rheinufers von fremder Invasion begonnen. Ein drittes Mal wurden am 4. Februar 1814 Verhandlungen bewilligt (Kongreß von Châtillon), in denen die Verbündeten dem Kaiser die Grenzen von 1792 zugestanden und sich nur die Regelung aller übrigen Gebietsfragen ohne Zuziehung Frankreichs vorbehielten. Am 15. März lehnte Napoleon ab. Er gestand zwar die Rückgabe der Rheinlande und die Auflösung des Rheinbundes zu, wollte jedoch Italien für seinen Stiefsohn Eugen behalten. Mit gutem Grund konnte Gneisenau, der strategische Überwinder des korsischen Imperators, sagen: „Napoleon hat uns bessere Dienste geleistet als das ganze Heer von Diplomaten“.

Am 31. März zogen die verbündeten Truppen in Paris ein, dessen Bewohner darin keine Invasion, sondern eine Befreiung erblickten. Der französische Senat setzte die bonapartistische Dynastie ab. Talleyrand stellte sich sofort auf die Seite der Bourbonen. Sein Programm: „Das einzige Mittel zur Verhinderung künftiger Kriege ist, eine große starke Nation nicht zu entehren“, fand williges Gehör.

Der mit Ludwig XVIII. geschlossene Friede (30. Mai) beließ Frankreich über die Grenzen von 1792 hinaus die Enklaven von Avignon, Venaissin und Mömpelgard, ferner Savoyen, einen Landstrich an der belgischen Grenze mit dem wichtigen Sperrpunkt Givet an der Maas, endlich das ganze Saarkohlenbecken mit der pfälzischen Stadt Landau. Ver-

gebens hatten Stein, Gagern, Arndt, Görres und viele andere die Rückgabe des Elsaß und der deutschen Teile von Lothringen gefordert.

Von „Reparationen“ war keine Rede. Preußen mußte sogar auf die Rückerstattung der von Napoleon und seinen Marschällen während sechs Jahren erpreßten ungeheuren Kriegskontributionen verzichten. Selbst von den nach Paris entführten Kunstschatzen und wertvollen Handschriften wurde nur ein Teil herausgegeben. Immerhin konnte die Viktoria vom Brandenburger Tor wieder nach Berlin zurückgeführt werden.

Zur „Invasion“ von 1815 sei zunächst die Thronrede erwähnt, die Ludwig XVIII. nach der Rückkehr Napoleons von Elba am 16. März in der Kammer der Deputierten verlas:

„In diesem Augenblick der Krise, da der öffentliche Feind in einen Teil meines Königreichs eingedrungen ist und die Freiheit aller übrigen Teile bedroht, komme ich in Ihre Mitte . . . Ich fürchte nichts für mich, aber ich fürchte für Frankreich: er, der bei uns die Fackeln des Bürgerkrieges entzündet, bringt mit sich auch die Geißel des auswärtigen Krieges, er kommt, um unserem Vaterland wieder sein eisernes Joch aufzulegen.“¹⁾

Die französische Bevölkerung verhielt sich gegen den zurückkehrenden Imperator ablehnend oder gleichgültig. Den Ausschlag zu seinen Gunsten gab die Armee, obwohl Marschall Ney zuerst erklärt hatte, „den Tiger gefesselt vor den König zu bringen“. Ganz Europa befürchtete ein Wiederaufleben des französischen Militarismus. Die vier Großmächte, die schon in eine preußisch-russische und österreichisch-englische Gruppe mit Anschluß des bourbonistischen Frankreichs zu zerfallen drohten, schlossen sich wieder fest zusammen. Gneisenaus genialer Entschluß am Abend von Ligny, der das rechtzeitige Eintreffen Blüchers bei Waterloo ermöglichte, gab Europa den lang entbehrten Frieden wieder. Napoleon dankte ab (22. Juni).

Am Tage nach dem Einmarsch der Preußen in Paris zog Ludwig XVIII. als rechtmäßiger König dort ein (8. Juli), wurde von seinen Anhängern begrüßt und von allen Behörden anerkannt. Erst zwei Tage nach ihm trafen die verbündeten Monarchen ein, die der französische König in seiner Eigenschaft als „Bundesgenosse“ empfing.²⁾ In gleicher Weise vertraten die französischen Staatsmänner den

¹⁾ „Le Moniteur Universel“ vom 17. März 1815, eingesehen in der Münchener Staatsbibliothek.

²⁾ Hans Delbrück „Weltgeschichte“ V. S. 567.

Standpunkt, daß die anderen europäischen Mächte dem legitimen Herrscher Frankreichs gegen rebellische Untertanen zu Hilfe gekommen seien. So dachte damals das amtliche Frankreich über die angebliche „Invasion“. Daß Stein, Gagern und andere diese Auffassung heftig bekämpften und auch ein Teil des französischen Volkes mit der Rückkehr der Bourbonen durchaus nicht einverstanden war, kann demgegenüber nicht in Betracht kommen.

Im zweiten Pariser Frieden (20. November) beschränkten sich die Gebietsabtretungen wiederum auf ein Mindestmaß: Zurückerstattet wurden an Preußen das Saargebiet, dessen Bewohner dringend und flehentlich um Erlösung von der französischen Herrschaft gebeten hatten, an Bayern die Stadt Landau, an die Niederlande zwei kleine Festungen, an Piemont das Stammland der Dynastie Savoyen sowie Nizza. Vergeblich hatte Preußen in den langen Verhandlungen die Rückgabe von Elsaß-Lothringen gefordert (mit Besetzung der festen Plätze im Elsaß durch Österreich, im Moselland durch Preußen). Der Herzenswunsch des Kronprinzen Ludwig von Bayern, in Straßburg als deutsche Stadt eine Siegesfeier zu erleben, ging auch dieses Mal nicht in Erfüllung.³⁾

Die Reparationen für die siebenjährigen Kriegsverwüstungen wurden auf 700 Millionen Franken festgesetzt, einen auch bei der Verschiedenheit des damaligen und heutigen Geldwertes mehr als bescheidenen Betrag. Manche preußische Städte hatten noch 1870 die Anleihen nicht getilgt, die sie zur Bezahlung der französischen Kriegskontributionen hatten aufnehmen müssen. Als hart für Frankreich — freilich noch immer milde im Vergleich mit Napoleons Friedensdiktaten — könnten höchstens zwei Bestimmungen angesehen werden: verbündete Truppen unter englischem Oberbefehl sollten fünf Jahre lang auf französischem Boden verbleiben, um die Zahlungen zu sichern, und ein Teil der Gelder sollte für den Bau von Festungen zur Sicherung gegen neue Invasionen verwendet werden. Allein die fremde Armee blieb ja auch

³⁾ Schon 1805 hatte der Prinz anlässlich einer französischen Siegesfeier in Straßburg inmitten französischer Umgebung geäußert: „Das sollte mir die schönste Siegesfeier sein, wenn diese Stadt, in welcher ich geboren bin, wieder eine teutsche Stadt sein wird.“ Aus dem Jahre 1807 stammen seine Worte: „Auf, ihr Teutschen! Auf und sprengt die Ketten, die ein Korse Euch hat angelegt!“ Napoleon vergalt diese Feindseligkeit und verstieg sich bis zu der Drohung: „Was hindert mich, diesen Prinzen erschießen zu lassen?“ (Aus der Rede des Prinz-Regenten Ludwig von Bayern am 25. August 1913 in der Kehlheimer „Befreiungshalle“ anlässlich der Jahrhundertfeier der deutschen Erhebung.)

deshalb im Lande, um den neuen König gegen sein eigenes Volk zu sichern, und zog nach Erreichung dieses Zweckes zwei Jahre vor dem festgesetzten Zeitpunkt ab (Kongreß von Aachen 1818). Gleichzeitig wurde für den Rest der Kriegsschulden von 265 Millionen Franken eine Frist von zwei Jahren gewährt. Nur die Rückforderung von Kunstschätzen wurde strenger als 1814 gehandhabt.

An Schonung von Gefühlen des Besiegten und Verständnis für seine finanzielle Leistungsfähigkeit lassen sich die beiden Pariser Frieden nur vergleichen mit dem von 1866.

Frankreich 1815 bis 1870.

Trotz der Milde der beiden Frieden waren alle französischen Regierungen — Bourbonen, Orléans, Zweite Republik und Zweites Kaiserreich — einig in der Opposition gegen die Verträge von 1815 und drängten auf Revision.⁴⁾

Die führenden Politiker beschränkten alsbald ihre Wünsche nicht mehr auf Revision. Minister Polignac regte 1829 (nach der Niederlage der Türken) einen Plan zur Umgestaltung der Karte von ganz Europa an. Rußland sollte beliebig viel türkisches Gebiet annektieren, Frankreich die Rheingrenze erhalten, Preußen durch anderes deutsches Land entschädigt werden. In Berlin wies man solches Ansinnen zurück. Um dem französischen Expansionsbedürfnis Genüge zu leisten, wurde im Mai 1830 die Eroberung von Algier eingeleitet. Louis Philippe, den die Julirevolution auf den Thron erhoben hatte, war zwar persönlich friedliebend, doch die Sucht der öffentlichen Meinung nach „Gloire“ trieb ihn vorwärts. Die Eroberung von Algier wurde fortgesetzt in Kämpfen, die erst unter dem Zweiten Kaiserreich ihren Abschluß fanden. Bei der infolge der Julirevolution durchgeführten Lostrennung Belgiens von Holland regten sich Hoffnungen auf einen Gewinn der wallonischen Provinzen oder wenigstens auf Wiederannexion der 1815 an Holland zurückgegebenen beiden Festungen. In der Kammer wurden kriegerrische Reden gehalten wie einst 1792. General Lamarque rief aus: „Schande und Elend daheim, Demütigung draußen. In Belgien Verrat, in Polen Verrat, in Italien Verrat!“ Die Absichten auf belgisches Gebiet scheiterten an dem einmütigen Willen der übrigen Großmächte, aber es war doch ein Erfolg, daß das selbständig gewordene Belgien sich dynastisch

⁴⁾ Ausführlich dargelegt von Hermann Oncken „Current History“ (New York) August 1931, S. 653 ff.

mit Frankreich verknüpfte. 1840 suchte die französische Politik im Orient Erfolg zu erringen und trachtete Ägypten gegen die Türkei auszuspielen. Als man dabei infolge des Widerstandes der Quadrupelallianz (England-Österreich-Preußen-Rußland) eine diplomatische Niederlage erlitten hatte, wollte Minister Thiers, der durch Überführung der Gebeine Napoleons von St. Helena nach Paris den chauvinistischen Strömungen geschmeichelt hatte, den Krieg am Rhein entzünden. Das Streben nach dem linken Rheinufer, so kündeten damals sogar französische Sozialisten, sei nicht Eroberungslust, sondern das tief im Herzen des französischen Volkes wurzelnde Bedürfnis nach „Sicherheit“.

Im Zweiten Kaiserreich reihten sich sodann Invasionen und Annexionen in fast ununterbrochener Folge aneinander:

1854—56 Krimkrieg, bei dem die Franzosen am liebsten quer durch Deutschland nach Polen marschiert wären, wenn nicht Preußen sich dem entgegengestellt hätte.

1856/57 Vollendung der Eroberung Algiers.

1857/58 und 1858—60 gemeinsam mit England Krieg gegen China.

1859 Krieg gegen Österreich, angeblich zur Befreiung Italiens, in Wahrheit zu dem Zwecke, nach Vertreibung Österreichs aus Italien die Bildung eines geschlossenen italienischen Nationalstaates zu verhindern und in einer losen italienischen Föderation maßgebenden Einfluß zu gewinnen. „Aus dem Mittelländischen Meer will ich nicht geradezu einen französischen See, aber doch ungefähr dasselbe machen“ gestand Napoleon ein (Gr. P. III, S. 103). Nach dem Krieg Angliederung von Savoyen und Nizza „um der Sicherheit Frankreichs willen“ unter dem Deckmantel einer Volksabstimmung, die nach dem Abzug der piemontesischen Truppen unter dem Schutze französischer Soldaten, Gendarmen und Geheimpolizisten erfolgte.

1861—67 Invasion von Mexiko, zuerst mit England und Spanien gemeinsam, ab Februar 1862 selbständig in der Hoffnung, während des amerikanischen Bürgerkrieges Zentralamerika und Mexiko unter französischen Einfluß zu bringen und die Monroe-Doktrin zu durchlöchern.⁵⁾

1862 Erwerb von Cochinchina.

1866 Strafexpedition nach Korea.

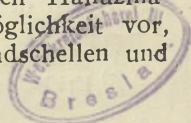
⁵⁾ Näheres s. Delbrück „Weltgeschichte“: Polignac IV. S. 640, Belgien IV. S. 655 u. 695, Algier IV. S. 647, 695, 702. V. S. 30, Thiers 1840 IV. S. 697, Krimkrieg V. S. 21, Italien V. S. 63 u. 76, Mexico V. S. 171 u. 248.

Zwei englische Urteile über die Politik Frankreichs mögen folgen. Am 5. September 1870 schrieb der englische Geschäftsträger in Darmstadt Sir R. Morier an Lady Granville:

„Ich bin augenblicklich damit beschäftigt, die wichtigeren diplomatischen Vorgänge in Europa zwischen 1815 und 1848 sehr eingehend zu untersuchen und habe dabei in viele bisher unbekannte Dokumente Einblick erhalten können. Was mich bei dieser Untersuchung am meisten erstaunt hat, ist die Entdeckung, wie oft Europa schon am Rande eines Krieges wie des jetzigen gestanden hat, und zwar aus genau derselben Ursache, daß nämlich die nationalen Notwendigkeiten Frankreichs den Leitern seiner Geschicke keine andere Wahl ließen als den Appell an das nationale Empfinden in Verbindung mit einer außenpolitischen Frage. Mit einer geradezu ermüdenden Eintönigkeit werden immer und immer wieder dieselben Ansprüche erhoben, werden dieselben Phrasen von der Mission, der „Gloire“, der Ehre Frankreichs und der Notwendigkeit, Frankreich Genugtuung zu geben, als Grund für reale Forderungen angesehen und werden so zum Ausgangspunkt für ernste politische Aktionen, die logischerweise zum Krieg führen. Und wohlverstanden, es ist stets die radikale Opposition, nämlich die politischen Vorgänger der Herren Gambetta, Jules Favre und Genossen, die die Regierung in diese Richtung treiben, und denen zuliebe die nationale und sogenannte patriotische Aufmachung ständig wiederholt wird. Es ist ganz gleichgültig, wer Minister ist, ob ein Polignac, ein Sébastiani, ein Thiers oder gar ein Guizot. Gleichzeitig mit den öffentlichen Fanfaren und Trompetenstößen ist fast ständig ein geheimes Intrigenspiel mit einer oder mehreren Großmächten im Gange, in der Absicht, die Karte Europas umzugestalten und Frankreich den Besitz von Belgien oder die Rheingrenze zu verschaffen. Der Vertragsentwurf Bismarck-Benedetti bildet nur die Wiederholung endloser ähnlicher Entwürfe, die man augenscheinlich bereit hält, um sie bei dem geringsten sich bietenden Anlaß hervorzuholen.“

Nach Ausführungen, daß Frankreich nur im Zaume gehalten werden konnte, wenn England mit Österreich, Preußen und Rußland zusammenging, kommt Morier zu dem Schluß:

„Der Friede Europas ist während 40 Jahren nur dadurch erhalten worden, daß man um Frankreich einen Sanitätskordon gezogen hatte, der zu drei Vierteln (Österreich, Preußen, Rußland) von eiserner Starrheit, dessen letztes Viertel (England) jedoch elastisch und so beschaffen war, daß Frankreich die für sein Wohlergehen notwendige Luft- und Bewegungsfreiheit in vollem Maße erhielt. Die Nordmächte behandelten Frankreich wie einen unheilbaren Verrückten, wir behandelten es wie ein Wesen, das zwar im allgemeinen vernünftig, jedoch gefährlichen Halluzinationen unterworfen ist, und behielten uns die Möglichkeit vor, auf die von den Nordmächten bereitgehaltenen Handschellen und Zwangsjacken zurückzugreifen.“



Es folgen noch Betrachtungen über den „völlig sinnlosen“ Krimkrieg, während der gegenwärtige Krieg den Sinn habe, „die deutsche Einheit zu verwirklichen“. Der Krimkrieg habe das militärische Prestige Englands zerstört, das durch den „Heiligschein militärischer Kameradschaft aus der Rolle eines maßgebenden Ratgebers verdrängt und zum Verbündeten geworden sei.“⁶⁾

Das amtliche England der Entente von 1904, das durch geheime militärische Kameradschaft endgültig aus der Rolle eines maßgebenden Ratgebers verdrängt worden war, sah zwar die Politik der Julimonarchie in zu günstigem Lichte, gab jedoch die aggressive Haltung des Zweiten Kaiserreiches zu. Ein Generalbericht über Belgien vom April 1907 sagte:

„Bis 1870 lag die große Gefahr für die nationale Existenz Belgiens unzweifelhaft in den traditionellen Machtbestrebungen Frankreichs. Die von Ludwig XIV. versuchte Annexion Flanderns und Brabants wurde von Napoleon vollbracht, und die Festungen, deren Erhaltung dem Herrscher der Vereinigten Niederlande von den Höfen Österreichs, Preußens, Rußlands und Großbritanniens 1815 als vertragsmäßige Verpflichtung auferlegt worden war, lagen nur an der französischen Grenze. Die Julimonarchie stand der belgischen Unabhängigkeit freundlich gegenüber, teils wegen ihres eigenen friedlichen Charakters, teils wegen der Familienbeziehungen zwischen den Dynastien Orléans und Koburg sowie wegen der Tatsache, daß die Regierungen beider Länder bei den Nordmächten, namentlich bei Kaiser Nikolaus, wegen ihres verhältnismäßig volkstümlichen Charakters und ihres jungen revolutionären Ursprungs unbeliebt waren. Das zweite Kaiserreich erneuerte die älteren napoleonischen Traditionen der Expansion und Aggression; die von Napoleon III. mit dem Titel des Nationalitätenprinzips beehrten ethnologischen Fiktionen erforderten keine Rücksicht auf ein Königreich gemischter Rassen, das bloß durch eine Gemeinsamkeit alter Tradition zusammengehalten wurde, und im Jahre 1866, nach Sadowa, schlug Graf Benedetti — dafür, daß sein Souverän die Vorherrschaft Preußens in Deutschland anerkenne — Preußen den Erwerb Luxemburgs und Belgiens durch Frankreich vor. „Il est évident“ schrieb Napoleon III. „que l’extension de la suprématie de la Prusse au delà du Mein nous sera une occasion toute naturelle, presque obligatoire, de nous emparer de la Belgique“. Im Jahre 1868 machte der französische Kaiser einen neuen Versuch in dieser Richtung. (Es folgen Angaben über die beabsichtigte Angliederung belgisch-luxemburgischer Bahnen an das französische Eisenbahnsystem, einen Plan, dem sich Belgien mit Hilfe der britischen Regierung erfolgreich widersetzte). „Zwei Jahre später machte der Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs bei Sedan den französischen Absichten auf Belgien ein Ende“.⁷⁾

⁶⁾ „Memoirs and Letters of Sir Robert Morier“ II. S. 214 f.

⁷⁾ Britische Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges III. S. 322 f.

Die Invasion von 1870.

Frankreich und die deutsche Einheit.

Trotz vieler kriegerischer Unternehmungen, trotz des glänzenden Verlaufs der Pariser Weltausstellung von 1867, trotz großen Prunkes bei der feierlichen Eröffnung des Suezkanals 1869 war die Stellung der napoleonischen Dynastie nicht mehr völlig gefestigt. Das Unternehmen in Mexiko mit seinen weitgesteckten Zielen war kläglich gescheitert. Die Revolution 1868 in Spanien ließ Rückwirkungen auf den französischen Thron befürchten. Die Wahlen zum Gesetzgebenden Körper 1869 hatten nur eine geringe Mehrheit für die Regierung ergeben. Die Opposition forderte Ersetzung des persönlichen Regiments durch das parlamentarische und Verantwortlichkeit der Minister.⁸⁾ Ein Plebiszit, worin Kaiser Napoleon unter Ankündigung sehr bescheidener Reformen „ein Zeichen des Vertrauens“ forderte, ergab zwar 7½ Millionen „Ja“ gegen 1½ Millionen „Nein“, doch unter den Neinstimmigen befanden sich 47 000 der Armee und Marine (8. Mai 1870).

Die Hauptsorge für die Dynastie und die chauvinistische öffentliche Meinung bildete jedoch das Gespenst der deutschen Einheit, die nach dem Tage von Königgrätz Wirklichkeit zu werden drohte. Der französische Nationalismus wollte diese Einheit, wenn überhaupt, so nur gegen weitgehende „Sicherungen“ in Form von Gebietsabtretungen zulassen.

Schon unmittelbar nach Abschluß des Präliminarfriedens von Nikolsburg hatte der französische Botschafter Graf Benedetti am 5. August 1866 folgende Forderungen angemeldet: 1. Preußen gibt an Frankreich die Grenzen von 1814 (Saargebiet); 2. Preußen erwirkt von Bayern und Hessen-Darmstadt die Abtretung an Frankreich aller ihrer Gebiete auf dem linken Rheinufer einschließlich der Bundesfestung Mainz, vorbehaltlich der (von Preußen) zu gewährenden Entschädigungen; 3. Preußen verzichtet auf jede Verbindung mit Limburg und Luxemburg (die trotz der Souveränität des Königs von Holland bis 1866 zum Deutschen Bunde gehörten) und auf das Besatzungsrecht in der Festung

⁸⁾ Weitere Ursachen der Unzufriedenheit s. „Juillet 1870“ (Paris 1930) S. 67 ff. Die romantisch ausgeschmückte Schrift stellt in unparteiischer Weise die Verantwortlichkeit Frankreichs für den Kriegsausbruch fest. Zahlreiche deutsche Quellen sind verwertet, nicht jedoch das große dreibändige Werk von Hermann Oncken „Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863—1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71“ (Berlin und Leipzig 1926).

Luxemburg (Nr. 246 f.)⁹⁾ Dieser macchiavellistische Versuch, dauernde Zwietracht zwischen den deutschen Staaten zu säen, hatte in der Folge die gerade entgegengesetzte Wirkung. König Wilhelm erklärte auf das Bestimmteste, daß er „keine Linie zum Gegenstand von Verhandlungen oder auch nur Besprechungen mit Frankreich machen könne, welche irgendwie deutsches Gebiet berühre“ (Nr. 260).¹⁰⁾

Nach dieser entschiedenen Abweisung setzte der französische Botschafter seine Forderungen auf deutsches Land herab und verlangte am 20. August, in „höchst dringlicher, fast drohender Weise“: 1. Die Grenzen von 1814 (Saargebiet mit Landau); 2. Luxemburg; 3. Abschluß einer geheimen französisch-preußischen Militärkonvention, die Frankreich den Erwerb Belgiens oder eines Teiles davon garantieren sollte (Nr. 295). Der zweite und dritte Punkt wurden drei Tage später in dem bekannten Vertragsentwurf Benedettis wiederholt, den Napoleon dahin ergänzte, Preußen könnte Sachsen annektieren und dafür dem König von Sachsen die Rheinprovinz abtreten (Nr. 297 f.). Bismarck lehnte eine Abtretung deutschen Gebiets bestimmt ab und behandelte eine Machterweiterung Frankreichs auf dem Gebiete der französischen Nationalität dilatorisch. König Wilhelm bemerkte zum Entwurf Benedettis: „Wenn Deutschland je erführe, daß ich eine französische Allianz zur Vernichtung Belgiens geschlossen habe, so würden die deutschen Sympathien für Preußen sehr schwinden“ (Nr. 302, S. 109).

Inzwischen wurde in Berlin der entscheidende Schritt von der groß-preußischen zur national-deutschen Politik vollzogen. Bismarck bewog den König, auf jede irgendwie nennenswerte Abtretung bayerischen Gebiets zu verzichten. Knapp drei Wochen nach der französischen Zumutung vom 5. August war der Friede mit Bayern unterzeichnet. Ihm folgte der Abschluß von geheimen Schutz- und Trutzbündnissen mit allen süddeutschen Staaten, worin sich die Vertragsparteien gegenseitig die In-

⁹⁾ Die in Klammern beigesetzten Nummern beziehen sich auf die Aktenstücke des in Fußnote 8 genannten Werkes von H. Oncken. Sperrdruck in der Regel von mir.

¹⁰⁾ Der greise König Ludwig I. von Bayern hatte schon Mitte Mai 1866 in der Besorgnis, ein preußisch-österreichischer Krieg könnte Frankreich Gelegenheit zur Losreißung des linken Rheinufers geben, an König Wilhelm geschrieben: „Erhalten es (das Rheinland) Eure Majestät bei Teutschland, es ist dessen schönster Teil (und teutsch sind seine Einwohner), für dessen Wiedererwerb Höchstdieselben in dem ewig ruhmvollen Befreyungskrieg gekämpft haben.“ (Nr. 260, Fußnote 3).

tegrität ihres Gebiets garantierten und die süddeutschen Monarchen im Kriegsfall den Oberbefehl über ihre Truppen dem König von Preußen übertrugen.

Napoleon schränkte nunmehr seine Wünsche vorläufig auf den Erwerb Luxemburgs ein, das er wie eine Ware dem König von Holland abkaufen wollte. Allein der Reichstag des Norddeutschen Bundes, das erste auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählte Parlament einer europäischen Großmacht, erhob seine Stimme gegen die Abtretung deutschen Gebiets. Bismarck veröffentlichte die Bündnisverträge mit den süddeutschen Staaten (9. März 1867). Um jedoch den drohenden Krieg zu vermeiden, stimmte er einem in Deutschland sehr ungern gesehenen Kompromiß zu. Ein europäischer Kongreß beschloß, Luxemburg zu einem selbständigen, für immer neutralen Staat zu machen, und Preußen verzichtete auf sein Besatzungsrecht. Das war für Frankreich immerhin ein halber Erfolg, doch die erregte öffentliche Meinung war damit nicht zufrieden und gab ihrer Enttäuschung über die Fehlschläge der napoleonischen Politik Ausdruck in der sinnlosen Formel „Rache für Sadowa“.

Im Frühjahr 1869 folgte die oben nach englischen Dokumenten erwähnte Niederlage wegen der belgisch-luxemburgischen Eisenbahnen. Kaiser Napoleon gewann die Überzeugung, und noch mehr die Kaiserin Eugénie, daß zur Sicherung des Thrones der Prestigeverlust Frankreichs eingeholt werden müsse. Dabei war man sich bei dem Kaufversuch Luxemburgs bewußt geworden, daß es ratsam sei, keinen Kriegsgrund zu wählen, den das deutsche Volk in Nord und Süd als einen Angriff auf seine Einheitsbestrebungen ansehen würde.

Zunächst verstärkte man eifrigst die Rüstungen durch Reorganisation der Armee, schleunige Herstellung eines neuen Infanteriegewehrs und Einführung der Mitrailleusen. Gleichzeitig betrieb man streng geheim ein französisch-österreichisch-italienisches Bündnis, zu dem ein ausführlicher Entwurf von Napoleon am 10. Mai 1869 genehmigt wurde (Nr. 698). Am 19. Mai 1870, elf Tage nach Bekanntgabe der Ergebnisse des Plebiszits, verhandelte ein Kriegsrat unter Vorsitz des Kaisers über einen von Erzherzog Albrecht aufgestellten französisch-österreichisch-italienisch-dänischen Kriegsplan: konzentrischer Angriff von Westen, Süden und Osten auf Süddeutschland (Italiener auf München), Versammlung aller Kräfte auf der Linie Würzburg—Nürnberg—Amberg, dann Vormarsch über Leipzig auf Berlin. Die Mehrzahl der Generale erhob Einspruch, da Österreich erklärte, erst sechs

Wochen später als Frankreich an den Operationen teilnehmen zu können. Doch der Kaiser behielt sich die Entscheidung vor (Nr. 817). Dabei muß betont werden, daß Österreich und Italien weder hinsichtlich des Bündnisses noch hinsichtlich des Kriegsplanes eine bindende Verpflichtung eingegangen waren.

Die spanische Thronkandidatur.

In Spanien hatte die überwiegende Mehrheit nicht die Einführung der Republik, sondern den Ersatz der absolutistischen Regierung der Bourbons durch eine konstitutionelle Monarchie gewünscht. Man hielt daher Ausschau nach geeigneten Thronkandidaten. Der in erster Linie in Betracht kommende Herzog von Montpensier war als Angehöriger des Hauses Orléans in Paris aus dynastischen Gründen nicht genehm. Man fragte den König von Portugal, ob er nicht die ganze iberische Halbinsel unter seiner Herrschaft vereinigen wolle, jedoch lehnte er ab. Auch ein italienischer Prinz, nach anderen Quellen sogar zwei, erteilten eine Absage. Das Haus Habsburg konnte nach der Tragödie von Queretaro^{10a)} keine Neigung zu neuen Versuchen empfinden. Englische Prinzen oder russische Großfürsten kamen, weil nicht römisch-katholisch, nicht in Betracht. Der spanische Ministerpräsident Prim kam daher auf den Gedanken, die Krone dem Erbprinzen Leopold aus dem katholischen Hause Hohenzollern-Sigmaringen anzubieten. Der Prinz war mit einer portugiesischen Prinzessin verheiratet und durch seine beiden Großmütter, eine Beauharnais und eine Murat, mit der napoleonischen Dynastie verwandt. Napoleon III. selber hatte ihn 1863 zum König der Hellenen vorgeschlagen und dazu beigetragen, daß dessen Bruder 1866 zum Fürsten von Rumänien gewählt wurde.

Daß Prinz Leopold als Kandidat in Aussicht genommen war, blieb für die französische Regierung kein Geheimnis. Benedetti hatte schon am 27. März mit dem Staatssekretär von Thile und am 11. Mai 1869 mit Bismarck eine Besprechung über diese Kandidatur gehabt und nach der zweiten Unterredung berichtet: „Graf Bismarck vermied es, eine formelle Zusicherung zu geben, daß der König in keinem Falle dem Prinzen die Annahme der Krone gestatten werde, falls sie ihm angeboten würde.“¹¹⁾ Bismarck hat damals nach seinem Bericht die Angelegenheit „mehr scherzweise“ behandelt

^{10a)} Kaiser Maximilian von Mexiko wurde am 19. Juni 1867 in Queretaro erschossen.

¹¹⁾ Benedetti „Ma Mission en Prusse“. S. 303—306 und 308—310.

und erst Ende Februar 1870 sich entschlossen, den König und das Haus Hohenzollern für den Plan zu gewinnen, dann allerdings mit großem Nachdruck.¹²⁾ Die Möglichkeit von Schwierigkeiten mit Frankreich hat der Kanzler nicht übersehen, jedoch nur an eine vorübergehende Erregung geglaubt. Die Sache sollte als reine Familienangelegenheit behandelt werden, sodaß man antworten könnte: „Wollt Ihr der spanischen Nation und einem Privatmann ihre Entschlüsse vorschreiben?“ Das große Ziel der deutschen Einheit hoffte der Kanzler mit Vorsicht und Geduld auf friedlichem Wege zu erreichen, wie insbesondere sein Widerstand gegen das Drängen Badens auf ein rascheres Vorgehen in dieser Richtung beweist.

In Paris aber hätte man infolge der Meldung Benedettis vom Mai 1869 mehr als ein Jahr Zeit gehabt, um in Madrid zu erklären, daß man die Kandidatur als mit den Interessen Frankreichs nicht vereinbar ansehen würde. Der Umstand, daß keinerlei Schritte zu diesem Zweck unternommen wurden, hat Anlaß zu dem Verdacht gegeben, man habe absichtlich geschwiegen, um Preußen eine Falle zu stellen.

Französische Kriegsdrohungen 5.—12. Juli.¹³⁾

Als die französische Regierung am 3. Juli 1870 erfuhr, daß vom spanischen Ministerpräsidenten Marschall Prim die Tatsache der Kandidatur des Erbprinzen Leopold öffentlich zugegeben war, glaubte sie einen willkommenen Anlaß gefunden zu haben, um „Rache für Sadowá“ zu nehmen, indem sie Preußen vor die Frage „Demütigung oder Krieg“ stellte. Die spanische Angelegenheit war keine national-deutsche. Die süd-deutschen Staaten würden in einem gedemütigten Preußen nicht mehr die Macht sehen, die berufen sei, die ersehnte Einheit der deutschen Stämme herbeizuführen, in einen Krieg wegen der spanischen Frage aber würden sie Preußen nicht folgen. Vom franzosenfreundlichen Kabinett Gladstone-Granville war trotz der Differenzen wegen Belgiens und Luxemburgs kein Hindernis zu erwarten. Vielleicht würde selbst Rußland in diesem Falle nicht hinter Preußen stehen, und dann

12) „Bismarck. Die gesammelten Werke“ Bd. VI b, herausgegeben und mit ausführlichen Kommentaren versehen von Dr. Friedrich Thimme, Nr. 1389, 1521, 1557, 1562, 1564.

13) In der folgenden Darstellung sind, soweit nicht weitere Quellen genannt werden, die Vorgänge in Varzin und Berlin wiedergegeben nach dem Bismarckbande, die in Paris nach dem Werke Onckens, die in Ems nach dem Buche Benedettis, ergänzt durch Abeken „Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit“. Einige Einzelheiten aus den Sitzungen der französischen Kammer vom 6. und 15. Juli nach „Evolution“ vom August/September 1931, S. 51 f.

könnte sogar die eifrig betriebene große Tripelallianz Frankreich-Österreich-Italien Wirklichkeit werden. So etwa mag man in Paris gerechnet haben.

Schon am 4. Juli brachte der französische Geschäftsträger Le Sourd auftragsgemäß die Angelegenheit, die im französischen Kabinett einen „ungünstigen Eindruck“ gemacht habe, in der Wilhelmstraße zur Sprache und erhielt vom Staatssekretär von Thile die Antwort, die preußische Regierung sei an der Sache nicht beteiligt. Bismarck, nach längerer Krankheit noch erholungsbedürftig in Varzin, fand die französische Anfrage sehr dreist und war mit der erteilten Antwort einverstanden.

Am 5. Juli begann der Sturm in der Pariser Presse. Der „Temps“ schrieb, Frankreich habe durch Sadowa viele Vorteile des Westfälischen Friedens eingebüßt, durch einen preußischen Prinzen auf dem spanischen Thron würde es bis zu den Zeiten Heinrichs IV., ja sogar Franz I. zurückgeworfen werden.¹⁴⁾

Nachdem am Vormittag des 6. Juli ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz von Kaiser Napoleon in St. Cloud stattgefunden hatte, betrat am Nachmittag Außenminister Herzog von Gramont in vollbesetzter Kammer die Tribüne und erklärte:

„Wir werden nicht dulden, daß eine fremde Macht das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte in Europa stört, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt . . . Wenn dem so wäre, so würden wir unsere Pflicht zu erfüllen wissen, ohne Zögern und ohne Schwäche.“

Tosender Beifall und Rufe „das ist der Krieg“ folgte den gleich einer Kriegserklärung erdröhnenden Worten. Vereinzelter Widerspruch wurde mit der Drohung „Sie verteidigen Preußen“ zum Schweigen gebracht. Nach Gramont sprach Ministerpräsident Ollivier. Er beteuerte die Friedensliebe Frankreichs, erläuterte sie jedoch in folgender merkwürdiger Weise:

„Jedesmal — die Geschichte lehrt es — wenn Frankreich fest geblieben ist, hat Europa sich vor dem Willen Frankreichs gebeugt, der sich ohne Übermaß und in den Grenzen seines Rechts geäußert hat.“¹⁵⁾

¹⁴⁾ Zahlreiche andere, zum Teil viel heftigere Pressestimmen in „Juillet 1870“ S. 138—141.

¹⁵⁾ So der tatsächliche Wortlaut beider Äußerungen nach den Zeugnissen preußischer und bayerischer Diplomaten; die Äußerung Gramonts auch bestätigt durch Paléologue in „Les Entretiens de l'Impératrice Eugénie“ (S. 144). Im Bericht des „Journal Officiel“ waren die schlimmsten Ausdrücke etwas abgeschwächt.

Der österreichische Botschafter in Paris Fürst Metternich berichtete über den Eindruck der beiden Reden, der Kaiser sei „entzückt, geradezu freudig erregt“ gewesen und habe gefragt: „Glauben Sie wirklich, daß man in Berlin gegenüber dieser energischen mise en demeure sofort nachgeben kann?“ Die Kaiserin sei „so sehr für den Krieg eingenommen gewesen, daß der Botschafter nicht umhin gekonnt habe, sie etwas aufzuziehen.“ Ollivier habe von dem „frenetischen Erfolg“ in der Kammer gesprochen und erklärt: „Kein Zögern und keine Ausflüchte mehr. In 14 Tagen werden wir 400 000 Mann an der Saar haben. Wir werden den Krieg wie 1793 führen und das Volk bewaffnen, das an die Grenzen eilen wird.“

Bismarck sah in der „über alle Erwartungen anmaßenden und plumpen“ Rede Gramonts eine „amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff“, jedoch widerstrebte es ihm, wegen Parlamentsreden internationale Reklamationen vorzubringen.

In Paris begnügte man sich nicht mit Reden, sondern beauftragte den beurlaubten Botschafter Graf Benedetti, den zur Kur in Ems weilenden König von Preußen aufzusuchen und von ihm folgende Erklärung zu fordern:

„Die Regierung des Königs billigt die Kandidatur nicht und gibt dem Prinzen Befehl, diesen ohne seine Einwilligung gefaßten Beschluß zurückzunehmen“. Zur Begründung der Forderung war angefügt: „Wir müssen wissen, ob wir Frieden haben werden, oder ob eine abschlägige Antwort uns zum Kriege nötigt“.

Ein Botschafter hat zwar das Recht, sich unmittelbar an den Staatschef zu wenden. Allein das, was sich nunmehr in Ems abspielen wird — Überbringen ultimativer Forderungen unmittelbar an den König, Drängen auf immer neue Audienzen, schließlich zu ungewohnt früher Morgenstunde — steht in der diplomatischen Geschichte wohl ohne Beispiel da. Graf Benedetti persönlich war zwar nach den Zeugnissen des österreichischen Gesandten Graf Wimpffen, in dessen Haus er viel verkehrte, ein Deutschenfeind und hatte 1867 zum Kriege gehetzt,¹⁶⁾ besaß jedoch genügend Taktgefühl, um das Unschickliche seiner Aufträge zu empfinden. Am Tage, da der Botschafter in Ems eintraf, am 8. Juli, schrieb der „Pays“:

„Das kaudinische Joch ist bereit für die Preußen. Sie werden sich darunter beugen, und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, dessen

¹⁶⁾ Berichte Wimpffens (bei Oncken) vom 10. April, 7. und 18. Mai 1867.



Ausfall nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben, die Echos des deutschen Rheines sind noch stumm. Hätte uns Preußen die Sprache gesprochen, die Frankreich redet, so wären wir schon längst unterwegs“.¹⁷⁾

An demselben Tage berichtete Metternich, die Bewegungen der französischen Truppen an die Grenze würden am 9. beginnen, und sagte zu Gramont, die französische Regierung habe wohl „geglaubt, man müsse die Gelegenheit bei den Haaren herbeiziehen, um entweder einen diplomatischen Erfolg zu erringen oder den Krieg herbeizuführen in einer Frage, in der das deutsche Gefühl nicht gegen Frankreich Stellung nehmen könne.“ Der Herzog fand diese Formulierung „ausgezeichnet“ und bat, der österreichische Staatskanzler Graf Beust möge vertraulich von diesem „glücklichen Zufall“ verständigt werden.

Gegenüber Österreich und Italien sprach die französische Diplomatie die Hoffnung aus, daß beide Länder sich am Kriege beteiligen würden. Im Londoner Auswärtigen Amt war man schon an diesem Tage überzeugt (8. Juli), daß Frankreich eventuell den Krieg an Preußen erklären werde.

Am 9. Juli kündigte der spanische Botschafter in Paris offiziell die Thronkandidatur Hohenzollern an. Gramont erwiderte: „Frankreich wird Spanien ganz aus dem Spiele lassen und Preußen den Krieg erklären, wenn der Erbprinz nicht verzichtet.“ Der preußische Geschäftsträger Graf Solms und der bayerische Gesandte Graf Quadt sandten Berichte über voraussichtliche baldige Kriegserklärung und chauvinistische Pressestimmen, die „Rache für Sadowa“ sei der Grundton der französischen Politik. Die „Liberté“ schrieb: „Entweder einen Kongreß, auf dem Frankreich die Schleifung der seit 1816 errichteten deutschen Festungen fordert, oder den Krieg.“

In Ems hatte Benedetti am 9. Juli seine erste Audienz und berichtete darüber am Abend telegraphisch und schriftlich:¹⁸⁾

„Der König betonte, daß er nur als Familienchef, nicht als Souverän zu Rate gezogen sei, seine Regierung habe mit der Sache nichts zu tun. Er hat sich mit dem Erbprinzen und dessen Vater in Verbindung gesetzt. Wenn diese verzichten, so würde er diese Entscheidung billigen. — Sehr unangenehm war der König berührt vom zweiten Teil der Rede Gramonts, die nahezu eine Provokation darstelle. — Von militärischen Vorbereitungen in Deutschland habe ich nichts bemerkt.“

¹⁷⁾ Deutsches Generalstabswerk 1870/71 I. 1, S. 6f.

¹⁸⁾ Von den Berichten Benedettis und den Weisungen Gramonts kann aus Mangel an Raum stets nur der wesentlichste Inhalt schlagwortartig angegeben werden.

Bismarck veranlaßte auf Anregung des Königs Mitteilung an die süddeutschen Regierungen, daß die Angelegenheit „keine preußische“ sei; die Pariser Auffassung sei höchst befremdlich, die Sprache Gramonts anmaßend und unberechtigt. Der Kanzler glaubte zunächst noch an einen künstlich aufgebauchten Lärm, erst allmählich kam auch ihm der Gedanke, die französische Haltung erkläre sich vielleicht teilweise aus der „falschen Vorstellung, einen nicht nationalen Grund gegen Preußen gefunden zu haben.“

Am 10. Juli sah Benedetti den König nicht, „ließ ihn jedoch wissen (!), er sei genötigt, ohne allzu große Verzögerung die berechnete Ungeduld der französischen Regierung zu befriedigen.“ Von Gramont erhielt er telegraphischen Befehl:

„Sie müssen alles tun, um eine bestimmte Antwort zu erhalten. Wir können nicht warten auf die Gefahr hin, von Preußen in unseren Maßnahmen überholt zu werden. Der Tag kann nicht zu Ende gehen, ohne daß wir damit beginnen.“

Gleich darauf bestellte ein zweites Telegramm einen zur Verlesung in der Kammer oder zur Veröffentlichung in der Presse geeigneten Bericht, daß

„der König die Annahme des Prinzen gekannt und gebilligt, und den Botschafter ersucht habe, daß er sich mit dem Prinzen ins Benehmen setzen könne, bevor er seine Entscheidung mitteilt.“

Benedetti antwortete abends:

„Gewünschter Bericht schon abgeschickt. König hat Nachricht, daß Prinz Leopold noch nicht zurück ist. — Krieg wird unvermeidlich sein, wenn wir in sichtbarer Weise mit militärischen Rüstungen beginnen.“ Einige Stunden später: „Habe den König getroffen, der noch ohne Nachricht vom Prinzen ist, habe dem König gesagt, wir nähern uns dem Zeitpunkt, wo die französische Regierung nicht mehr die Erklärungen verschieben kann, die sie der Kammer schuldet.“

Inzwischen hatte Gramont brieflich nochmals gedrängt:

„Wir können nicht mehr warten. Während der König Sie hält, ruft man in Preußen die Urlauber ein.¹⁰⁾ Die öffentliche Meinung erhitzt sich, wir warten nur auf Ihren Bericht, um die 300 000 Mann einzuberufen, die wir brauchen. Ich bitte Sie dringend, schreiben Sie mir, telegraphieren Sie mir etwas ganz Deutliches. Wenn der König dem Prinzen den Verzicht nicht anraten will, nun gut, dann ist es der Krieg auf der Stelle, und in wenigen Tagen stehen wir am Rhein.“

¹⁰⁾ Diese Behauptung ist frei erfunden.

Darauf folgte in der Nacht noch ein Telegramm, das wiederum auf die kriegerische öffentliche Meinung hinwies, eine bestimmte Antwort des Königs forderte und mit den Worten schloß:

„Wir brauchen sie (die Antwort) bis morgen, übermorgen ist es zu spät.“

Der „Moniteur Universel“, das Blatt des Ministerpräsidenten Ollivier, hatte an diesem Tage (10. Juli) als Mindestforderung Frankreichs verkündet:

„Ausführung des Prager Friedens nach Buchstaben und Geist, Freiheit (!) der süddeutschen Staaten, Räumung der Festung Mainz, Verzicht auf jeden Einfluß südlich des Mains und Regelung der schleswigschen Frage mit Dänemark.“

Die national-deutsche Frage war aufge-
rollt.

In Ems und Varzin waren im Laufe des 10. auch Berichte des Militärattachés Graf Waldersee über französische Kriegsvorbereitungen eingetroffen. Bismarck, der bisher im Gegensatz zum König und zur Londoner Auffassung die Berichte aus Paris als zu schwarz gefärbt angesehen hatte, blieb auch jetzt noch skeptisch und telegraphierte dem Grafen Solms lakonisch:

„Wenn die Leute Ihnen vom Krieg sprechen, so bitte kurz und trocken darauf hinzuweisen, wenn man ihn uns erklärte, würden wir ihn führen.“

Immerhin gingen an das Auswärtige Amt und nach Ems eine Reihe von Telegrammen ab: Den süddeutschen Staaten seien die politische Lage und die französischen Rüstungen mitzuteilen; Äußerungen des Erbprinzen Leopold sollten weder durch den König noch durch die preußischen Gesandtschaften an die französische oder spanische Adresse weitergegeben werden; zur Beantragung eines Kongresses habe Preußen keinen Anlaß, sondern nur Frankreich und Spanien; der in Ems sich aufhaltende Botschafter Freiherr von Werther solle auf seinen Posten nach Paris zurückkehren, jedoch wegen der Drohungen Gramonts keinen Brief des Königs an Napoleon mitnehmen; endlich auf die Mitteilung aus Ems, der Erbprinz werde zurücktreten, falls der König es fordere, jedoch nicht freiwillig: „Der König kann der öffentlichen Meinung wegen keinen Ansichtswechsel kundgeben, was der Erbprinz tut, hat kein amtliches oder monarchisches Gewicht für Deutschland.“ Bismarck verzichtete also jetzt darauf, den Erbprinzen zum Festhalten an der Kandidatur zu ermutigen,

wie er das noch am 6. Juli auf dem Wege über den preußischen Kronprinzen getan hatte. Die Ursache hierfür bildeten nicht die französischen Einschüchterungsversuche, sondern Meldungen aus London und Petersburg, daß das englische Kabinett der Kandidatur sehr unfreundlich und auch Kaiser Alexander II. nicht allzu günstig gegenüberstehe.

Am 11. Juli bemühte sich Benedetti in einer zweiten Audienz, entsprechend den erhaltenen Weisungen zu erreichen, daß er melden dürfe, der König werde den Prinzen zum Verzicht bestimmen. Das erreichte er zwar nicht, jedoch immerhin soviel, daß der König sich gewissermaßen dazu bereit erklärte, Entschlüsse des Prinzen an die französische Adresse weiterzugeben. Der Botschafter meldete:

„Der König erwartet heute Abend oder morgen eine Mitteilung des Prinzen. Tritt dieser aus eigenem Entschluß zurück, so wird der König es billigen, aber er weigert sich unbedingt, irgend eine Mitteilung zu machen, die einer Garantie oder einer Verpflichtung gleichkommt, daß der Prinz zurücktreten werde“.²⁰⁾

In Paris wollte sich Gramont zufrieden geben, falls der Prinz verzichtete; Ollivier jedoch wünschte, wie sein Blatt schon tags vorher angekündigt hatte, in diesem Falle andere Fragen aufzuwerfen. Den Ausschlag gab die Volksvertretung. In stürmischer Nachmittagssitzung forderte die gesamte Rechte und ein großer von Gambetta geführter Teil der Linken, man dürfe beim Thronverzicht nicht Halt machen, sondern müsse die Frage des Prager Friedens aufwerfen und Preußen vor die Wahl stellen „Kongreß oder Krieg“. Kongreß bedeutete nicht etwa nur internationale Regelung der spanischen Frage, sondern auch internationale Entscheidung darüber, ob der Süden mit dem Norden Deutschlands sich einigen dürfe.²¹⁾

Nach dieser Sitzung telegraphierte Gramont an Benedetti:

„Ihre Sprache muß fester und deutlicher werden, Sie dürfen keine Unterscheidung zwischen dem König und seiner Regierung zulassen. Wir verlangen, daß der König dem Prinzen verbiete,

²⁰⁾ Bismarck scheint aus der Mitteilung des Königs über die Unterredung noch nicht auf dessen Neigung geschlossen zu haben, Mitteilungen des Prinzen an die französische Adresse weiterzugeben.

²¹⁾ Der seinerzeit durch französische Drohungen aufgezwungene Artikel IV des Prager Friedens bestimmte, daß es den deutschen Südweststaaten freistehe, eine nationale Bindung mit dem deutschen Norden zu vereinbaren, daß ihnen jedoch eine internationale unabhängige Existenz zu wahren sei. (Denkwürdigkeiten Hohenlohe I. S. 216). Die französische Auffassung, daß eine nationale Verbindung zwischen Süd und Nord vertragswidrig sei, war daher völlig unbegründet.

auf seiner Kandidatur zu bestehen. Schweigen oder Zweideutigkeit wird als Ablehnung unserer Forderungen angesehen werden.“

Am Abend waren die österreichische Botschaft und der auf Urlaub befindliche österreichische Gesandte in Berlin Graf Wimpffen zur kaiserlichen Tafel nach St. Cloud geladen. Viele Generale waren anwesend. „Es herrschte große Siegesstimmung, die Offiziere renommierten sehr.“ Napoleon fragte Wimpffen: „Croyez-vous que les Etats du Sud feront cause commune avec les Etats du Nord?“ Wimpffen antwortete auf Grund dreijähriger Beobachtungen in Deutschland: „Sire, j'en suis convaincu“.²²⁾ Nach der Rückkehr von der Hof Tafel meldete Metternich: „Napoleon wird morgen den ersten Grad der Mobilmachung anordnen und glaubt, daß das den Krieg unvermeidlich machen wird“.²³⁾ Der österreichische Militärattaché drahtete: „Man will hier absolut den Krieg . . . Graf Bismarck hat nur die Wahl zwischen Krieg und einem zweiten Olmütz.“

Bismarck ließ an diesem Tage (11. Juli) die Presse informieren, daß die Thronkandidatur eine rein spanische Angelegenheit sei, worauf die preußische Regierung keine Einwirkung habe, und daß eine eingehende Erörterung mit Paris durch den Ton der französischen Minister verhindert werde. Auf die Meldung des Staatssekretärs Thiele, daß der französische Geschäftsträger in Berlin von seiner Abreise und von der Benedettis spreche, kam die Antwort: „Inhalt vollkommen gleichgültig. Lassen Sie geschehen, was geschieht.“ Der Kanzler erwog ferner die Notwendigkeit, den Norddeutschen Reichstag einzuberufen, falls die Dinge in Paris nicht eine andere Wendung nähmen.

Am 12. Juli antwortete Benedetti auf den während der Nacht wegen mangelnder Festigkeit erhaltenen Verweis:

„Habe selbst eingesehen, daß ich zudringlicher werden muß. Das bin ich gestern geworden, wie Sie aus meinem Bericht ersehen werden. Sie werden mir zustimmen, daß ich nicht noch deutlicher werden konnte, ohne den Zweck meiner Mission zu gefährden.“

Gramont war befriedigt, schickte jedoch 2.00 nachmittags neue Weisung:

„Bieten Sie Ihre ganze Geschicklichkeit auf, um festzustellen, daß der Verzicht Ihnen durch den König von Preußen oder seine

²²⁾ Familienpapiere der Gräfin Montgelas-Wimpffen.

²³⁾ Die Auffassung „Mobilmachung gleich Krieg“ hatte somit schon Napoleon III. und zwar: „französische Mobilmachung gleich Krieg“.

Regierung angekündigt, mitgeteilt oder übermittelt werde.²⁴⁾ Die Beteiligung des Königs muß zugestanden werden.“

Bald nach Absendung dieser Forderung hatte der Herzog eine Unterredung mit Freiherrn von Werther, der eben aus Ems zurückgekehrt war. Gleich zu Beginn erschien der spanische Botschafter, um anzuzeigen, daß Fürst Anton von Hohenzollern den Verzicht seines Sohnes auf den spanischen Thron dem Marschall Prim direkt mitgeteilt habe. Das war nach Paléologues Urteil: „Ein Erfolg zu Frankreichs Gunsten, ein offenkundiger Mißerfolg für Bismarck“.²⁵⁾ Anstatt sich mit diesem Triumph zu begnügen, erklärte Gramont dem erstaunten deutschen Botschafter, „der Thronverzicht sei Nebensache, Preußen habe kein freundliches procédé beobachtet“, der König solle an Napoleon einen Brief schreiben, etwa des Inhalts: „er habe nicht glauben können, den Interessen und der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten, er schließe sich dem Verzicht an, mit dem Wunsch und in der Hoffnung, jeden Grund eines Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen überwunden zu sehen“ — also trotz der späteren Ablehnungsversuche Gramonts einen förmlichen Entschuldigungsbrief. Der Botschafter weigerte sich selbstverständlich, diesen Vorschlag dem König zu unterbreiten. Als jedoch Gramont und der später hinzukommende Ollivier drohten, falls Werther sich weigere, werde Benedetti Weisung zu einem solchen Schritt erhalten, ließ er sich überreden. Nur die weitere Zumutung, das Ansinnen sogar telegraphisch zu übermitteln, lehnte er ab.

Es folgte nunmehr (etwa 5.00 nachm.) eine Beratung in St. Cloud in engstem Kreise zwischen Kaiser, Kaiserin und Gramont. Der Minister legte dar, der Thronverzicht genüge nicht, die öffentliche Meinung werde sich nicht damit begnügen, und wenn Frankreich keine weitere Garantie erhalte, werde ein Sturm der Entrüstung losbrechen, der das Ende des Kaiserreichs bedeute. Die Kaiserin unterstützte nach ihrem eigenen Zeugnis den Minister „mit aller Kraft“, der Kaiser erhob keinen Einwand.²⁶⁾ Nach Rückkehr von St. Cloud telegraphierte Gramont an Benedetti (7.00 abends):

„Thronverzicht durch spanischen Botschafter mitgeteilt. Zur vollen Wirkung nötig, daß König sich dem Verzicht anschließt und uns zusichert, Kandidatur nicht wieder zuzulassen. Begeben Sie

²⁴⁾ Sperrdruck im Original.

²⁵⁾ Paléologue a. a. O. S. 146.

²⁶⁾ Am a. a. O. S. 148.

sich sofort (!) zum König, um von ihm diese Erklärung zu erlangen . . . Erregung der Geister derart, daß wir nicht wissen, ob wir sie im Zaume halten können.“

In Ems erfuhr König Wilhelm durch telegraphische Meldung Werthers und durch den Fürsten Anton aus Sigmaringen den Thronverzicht, blieb jedoch im Zweifel, ob Erbprinz Leopold selbst schon bei seinem Vater eingetroffen sei. Er befahl daher strengste Geheimhaltung und beschloß, Benedetti nur zu sagen, daß er für den nächsten Tag Nachricht aus Sigmaringen erwarte. Der Botschafter konnte daher 6.00 abends lediglich melden:

„Der König sagte mir, er habe Nachricht, daß er morgen Antwort des Prinzen erhalten werde. Er wird mich kommen lassen, sobald Nachricht da ist. Bismarck wird für morgen erwartet. Wenn Sie einverstanden sind, bitte mich zu ermächtigen, sofort abzureisen, falls Antwort des Königs nicht befriedigend ist.“

Die oben erwähnte Weisung Gramonts, sich sofort zum Könige zu begeben, erreichte den Botschafter während der Nacht. Vom Thronverzicht scheint er jedoch schon früher Mitteilung erhalten zu haben.²⁷⁾ In seinem Buche stellt Benedetti Betrachtungen über die Lage am Abend des 12. an und kommt zu dem Schlusse, daß der Verzicht als ausreichende Genugtuung angesehen werden konnte. Die Auffassung in Paris sei jedoch eine andere gewesen. „In den Kammern, in der Presse, in allen Klassen der Bevölkerung wollte man darin nur einen Scheinerfolg sehen. Die Regierung, gezwungen, diesem Zustand der Geister Rechnung zu tragen, hielt es für nötig, vom König von Preußen eine neue Garantie zu verlangen.“

In Varzin war inzwischen Bismarck immer mehr zu der Überzeugung gelangt, daß die Kandidatur nicht aufrecht erhalten werden könne. Nur ein freiwilliger selbständiger Verzicht des Erbprinzen konnte Preußen vor einer diplomatischen Niederlage bewahren. Der Kanzler hatte daher noch am Morgen des 12. vor Antritt der vom König genehmigten Reise nach Ems einen Vorschlag an das Auswärtige Amt gesandt, wie der Erbprinz durch die Öffentlichkeit zu einem solchen Entschluß bewogen werden könnte. Bei der gegen Abend erfolgten Ankunft in der Hauptstadt hielt er zunächst noch an dem Entschluß der Reise nach Ems fest, bat den König, vor seiner Ankunft keine Erklärung an Benedetti abzugeben und wiederholte diese Bitte nach Beratung mit dem

²⁷⁾ Abeken a. a. O. S. 373.

Minister des Innern Graf Eulenburg und dem Kriegsminister von Roon im Namen aller drei Ratgeber des Königs nochmals.

Die Meldungen über dauernde Besprechungen des Königs mit Benedetti — Besprechungen, die mit einer streng konstitutionellen Auffassung nicht ganz vereinbar waren — hatten den Kanzler stark verstimmt, und diese Verstimmung wird noch erhöht worden sein durch die Nachricht, daß Fürst Anton den Verzicht seines Sohnes nicht nur nach Madrid, sondern auch direkt nach Paris angezeigt hatte. Recht unerfreulich war ferner der offiziöse Artikel des „Moniteur Universel“ vom 10. Juli, der am 12. im Auswärtigen Amt eingetroffen war. Endlich meldete am Abend die Londoner Botschaft, daß Lord Granville überzeugt sei, daß es zum Kriege kommen werde, falls man in Paris keine „befriedigende“ Mitteilung aus Ems erhalte. Alle diese Nachrichten, die in ihrer Gesamtheit die Befürchtung erwecken mußten, daß der Friede nur unter entehrenden Bedingungen gewahrt werden könne, mögen zusammen gewirkt haben, daß Bismarck sich entschloß, die Reise nach Ems aufzugeben und statt seiner den Grafen Eulenburg zu entsenden, um den König über die Auffassung seiner Ratgeber zu unterrichten.²⁸⁾ Auch seinen Rücktritt wird der Kanzler erwogen haben, ein Entschluß dazu dürfte jedoch entgegen der Darstellung in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ nach der während der Nacht entfalteten Tätigkeit kaum gefaßt worden sein. Zwischen 9.10 abends und 5.30 morgens gingen nämlich folgende Telegramme ab: Um den schlimmen Eindruck der direkten Anzeige des Thronverzichts durch Sigmaringen in Paris wettzumachen, eine Mitteilung an Wolff-Büro, später auch an die auswärtigen Missionen, daß der Verzicht durch den Botschafter Spaniens in Paris zur Kenntniss gebracht worden sei; ein Antrag nach Ems, daß Freiherr von Werther wegen der Drohreden Gramonts in Urlaub gehen solle (von dem „Entschuldigungsbrief“ war noch nichts bekannt); der Entwurf einer Bitte an den König, er möge nach Berlin zurückkehren, wurde nicht ausgefertigt.

Der 13. Juli.

In Paris versuchte Gramont den fremden Diplomaten unter Beteuerung seiner Friedensliebe auseinanderzusetzen, daß

²⁸⁾ Über die Eindrücke und Sorgen Bismarcks am Abend des 12. Juli s. Thimmes Kommentar zu Nr. 1600 und 1604 des Bismarck-Bd. VIb.

Frankreich nach dem Thronverzicht noch Zusicherungen gegen eine Erneuerung der Kandidatur Hohenzollern haben müsse.

In den anderen Hauptstädten schlug die Stimmung auf die Nachricht vom Rücktritt des Erbprinzen völlig zu Ungunsten Frankreichs um. In London sagte Gladstone dem deutschen Botschafter, er habe zwar dem französischen Widerstand gegen die Thronkandidatur eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen, jedoch den Ton und die Form dieses Widerstandes von Anfang an mißbilligt, und er würde nur mit dem größten Widerwillen erfahren, daß man in Paris jetzt noch weitere Erklärungen und Zusicherungen fordere. In Italien wurde die öffentliche Meinung und die Stimmung der Kammern nach dem Thronverzicht für Preußen günstig. Sogar Graf Beust hatte von Wien den dringenden Rat nach Paris gesandt, sich mit dem erreichten Erfolg zu begnügen.²⁹⁾ Die große Tripelallianz gegen Preußen ging in die Brüche, bevor sie überhaupt vollzogen war.

In Ems war Graf Benedetti während der Nacht durch den Befehl Gramonts überrascht worden, sich „sofort“ zum König zu begeben. Dem Botschafter blieb nichts übrig als in früher Stunde Frack und weiße Halsbinde hervorzuholen und in diesem ungewöhnlichen Morgenanzug die Wohnung des Monarchen aufzusuchen. Dieser war schon ausgegangen, weshalb der Graf sich entschloß, sich auf der Brunnenpromenade so aufzustellen, daß der König bei seiner Rückkehr ihn nicht übersehen konnte. Dieser hatte inzwischen durch den Flügeladjutanten Prinz Radziwill die Zeitungsnachricht erhalten, daß Fürst Anton den Verzicht seines Sohnes offiziell in Madrid angezeigt habe.³⁰⁾ Als der König dem Botschafter begegnete, ging er auf ihn zu, reichte ihm die Hand und sagte: „Ich freue mich, Ihnen zu begegnen, ich danke für die mir gesandte Mitteilung. . . .³¹⁾ . . . Damit ist also diese Angelegenheit erledigt, die uns bei der Art, wie man sie bei Ihnen aufgefaßt hat, hätte entzweien können.“

²⁹⁾ Von Metternich nicht weitergegeben, weil „um 24 Stunden zu spät gekommen“.

³⁰⁾ Die folgende Darstellung des Zwischenfalles auf der Brunnenpromenade ist ein Auszug der im königlich-preußischen Hausarchiv aufbewahrten, im Frühjahr 1871 niedergeschriebenen eigenhändigen Aufzeichnungen König Wilhelms (mit Wiedergabe des Gespräches in Dialogform in französischer Sprache), veröffentlicht 1921 von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft „Der 13. Juli 1870 in Ems“ S. 273 ff., auch abgedruckt in Kronprinz Wilhelm „Ich suche die Wahrheit“ S. 36 ff.

³¹⁾ Hier liegt ein Gedächtnisfehler des Königs vor. Er hatte die Nachricht durch die ihm übergebene Zeitung erfahren.

Benedetti: . . . „Da nur der Vater des Erbprinzen die Mitteilung weitergegeben hat, muß man noch warten, daß der Erbprinz seinen Verzicht bestätigt.“

Der König entgegnete, daß ihm das verletzend für den Fürsten erscheinen würde, da dieser doch nur mit Vorwissen und in Übereinstimmung mit seinem Sohn eine so wichtige Entscheidung offiziell habe anzeigen können. . . .

Benedetti: „Man könnte dem abhelfen . . . , wenn Eure Majestät uns mitteilen wollten, daß Sie sich verpflichte, niemals zu erlauben“, daß der Erbprinz auf seine Kandidatur zurückkommt.

Der König („seine Überraschung nicht verbergend“) . . . : „Sie verlangen von mir eine Erklärung, die ich unmöglich geben kann“ . . .

Benedetti drängt ein zweites Mal, der König wiederholt seine Weigerung und begründet sie ausführlich.

Benedetti drängt ein drittes Mal, der König weigert sich ebenso.

Benedetti drängt ein viertes Mal: . . . „Die Erregung in Paris und in meinem Lande wächst von Stunde zu Stunde und läßt das Schlimmste befürchten, wenn Eure Majestät die Erklärung, um die ich dringend bitte (sollicite), nicht abgeben.“

Der König wiederholt seine Weigerung. Benedetti fragt nach einer Pause noch ein fünftes Mal, ob er seiner Regierung die gewünschte Erklärung melden könne.

Bei diesen Worten trat der König einige Schritte zurück und sagte in sehr ernstem Tone: „Es scheint mir, Herr Botschafter, daß ich so klar und deutlich auseinandergesetzt habe, daß ich niemals eine solche Erklärung abgeben werde, daß ich nichts anderes hinzuzufügen habe.“ Der König zog dabei seinen Hut, ging fort und ließ den Botschafter stehen.

Nach dieser Abfertigung in der Öffentlichkeit meldete Benedetti 10.30 vorm., der König „weigere sich unbedingt“, die gewünschte Erklärung zu geben. Als er dann ein während der Nacht abgeschicktes Telegramm Gramonts erhielt, daß die Erklärung des Königs „unerläßlich“ sei, meldete er, er habe „um eine letzte Audienz gebeten, er habe jedoch starke Gründe anzunehmen, daß er keinerlei Zugeständnisse erreichen werde.“ Es ist schwer verständlich, daß der erfahrene Diplomat nach der scharfen Zurückweisung auf der Brunnenpromenade noch glauben konnte, König Wilhelm werde ihm trotzdem die tags vorher zugesagte Audienz noch gewähren. Der König verkehrte mit ihm

nicht direkt, sondern nur durch einen Flügeladjutanten, und beschränkte sich darauf, dem Botschafter schließlich sagen zu lassen, daß er den Verzicht des Erbprinzen in demselben Sinne und demselben Umfange billige, in dem er dies vorher mit der Annahme dieser Kandidatur getan habe. Resigniert mußte Benedetti 7.00 abends melden:

„Der König läßt mir antworten, daß er nicht einwilligen könne, mit mir die Erörterung über die Zusage wieder aufzunehmen. Ich sehe sogar voraus, daß es mir weniger leicht sein wird, an den König heranzutreten.“

Benedetti hat auch nachträglich nicht begriffen, wie sehr sein Auftreten den König verstimmt hatte. In seinem Buche (S. 382 f.) sucht er das Verweigern der Audienz darauf zurückzuführen, daß inzwischen der Bericht Werthers über den „Entschuldigungsbrief“ eingetroffen sei, was den „deplorablesten Eindruck gemacht und alles kompromittiert“ habe. Richtig ist, daß der erwähnte Bericht den geschilderten Eindruck hervorrief, und daß der König auf gemeinsamen Vortrag des Grafen Eulenburg und des Vertreters des Auswärtigen Amts, Legationsrats Abeken anordnete, der Bericht sei als „amtlich nicht vorgelegt“ zu betrachten. Unrichtig jedoch ist, daß die Verweigerung der Audienz aus diesem Grunde erfolgte. Der König erfuhr diese neue Beleidigung erst im Laufe des Nachmittags.³²⁾ Die für Mittag in Aussicht gestellte Audienz ist somit schon auf Grund der Vorgänge des Vormittags verweigert worden.

In Berlin bezeichnete Bismarck am 13. Juli dem britischen Botschafter die Sprache der französischen Regierung als „unerträgliche Beleidigung“. Zweimal wurde Werther beauftragt zu melden, ob es richtig sei, daß Gramont ihm gegenüber von einem „mauvais procédé“ der preußischen Regierung gesprochen habe. An Eulenburg wurde telegraphiert, daß, wenn dieser Ausdruck sich bestätige, der König wohl nach Berlin zurückkehren müsse. Auch die Einberufung des Reichstages wurde vom Kanzler erneut erwogen. Abeken hatte gegen Mittag aus Ems gemeldet: „Der König werde

³²⁾ Feststellung Dr. Thimmes aus den Akten des Auswärtigen Amtes: Der den Bericht überbringende Feldjäger ist erst am frühen Nachmittag in Ems eingetroffen (Schreiben an Verfasser vom 2. 10. 1931). Auch in „Juillet 1870“ (S. 198 und 203) wird, verleitet durch das Buch Benedettis, das Eintreffen des Berichtes Werthers irriger Weise auf den Vormittag verlegt.

Benedetti vor Eulenburgs Ankunft nicht sehen. Benedetti habe um Audienz gebeten (zu dem bekannten Zwecke). Wird natürlich keine erhalten.“

Abends waren Roon und Moltke beim Kanzler zum Essen. Nach gemeinsamer Beratung wurde ein Immediattelegramm an den König abgesandt, daß es angesichts der Anmaßungen Frankreichs nunmehr geboten sei, „Frankreich aufzufordern, sich über seine Intentionen gegen Deutschland zu erklären. Der Wortlaut dieses Aktenstückes könne nur unter Mitwirkung der amtlichen Ratgeber des Königs erfolgen, weshalb der König gebeten werde, nach Berlin zurückzukehren.“³³⁾

Während des Essens wurde Bismarck die nachstehende Depesche Abekens vorgelegt:

„Seine Majestät schreibt mir: „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichte, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.“ Se. Maj. hat seitdem ein Schreiben des Fürsten (von Hohenzollern) bekommen. Da Se. Maj. dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Se. Maj. jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Se. Maj. stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte.“

Diese Meldung war eine sehr abgeschwächte Wiedergabe dessen, was sich in Ems zugetragen hatte. Namentlich war nicht klar zum Ausdruck gebracht, daß der König dem Botschafter eine schon zugesagte Audienz verweigert und die Zumutung von Zusicherungen für die Zukunft so bestimmt zurückgewiesen hatte, daß auch für die preußische Regierung Verhandlungen über diesen Punkt nicht mehr in Frage kommen konnten. Es ist begreiflich, daß nach Vorlesen der Mel-

³³⁾ Zur Station 8.10 abends, beim Entwurf dieses Telegramms war die 6.02 abends eintreffende Meldung Abekens über den Zwischenfall auf der Brunnenpromenade dem Kanzler wahrscheinlich noch nicht bekannt.

dung Roon und Moltke und nicht minder Bismarck sehr niedergeschlagen waren. Bei wiederholter Prüfung der Depesche richtet der Kanzler jedoch seine Aufmerksamkeit auf die einem Befehle gleichkommende Ermächtigung, die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sowohl den Gesandten des Norddeutschen Bundes als auch in der Presse mitzuteilen. Bismarck nahm den Bleistift zur Hand und kürzte durch Streichungen, ohnedem Sinne nach ein Wort hinzuzufügen oder zu ändern, das Telegramm auf nachstehende Fassung:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Maj. den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Maj. der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Maj. der König hat es daraufhin abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Maj. dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.“

Als Bismarck die gekürzte Fassung vorgelesen hatte, schlug die Stimmung seiner Gäste um. Moltke bemerkte: „So hat das einen anderen Klang, früher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung.“

Kurz vor Mitternacht ging das Telegramm an die preussischen Missionen in Deutschland, später auch an die im Auslande, ebenso an Wolff-Büro. Wenn man die handschriftlichen Aufzeichnungen des Königs und die Meldungen Benedettis mit den Fassungen Abekens und Bismarcks vergleicht, so ergibt sich, daß der Kanzler den Vorgang — gewissermaßen intuitiv — richtiger dargestellt hat als Abeken. Der „Sinn“ des Vorganges ist durchaus zutreffend wiedergegeben. Die Legende einer „Fälschung“ der Emser Depesche ist unhaltbar und ein Erzeugnis späterer Zeiten. Weder die französische Regierung noch Benedetti haben im Juli 1870 behauptet, daß der Inhalt der Depesche unrichtig sei. Daß die Legende entstehen konnte, ist allerdings die Schuld Bismarcks, weil er in einer Anwandlung journalistischer Eitelkeit 20 Jahre später seiner Änderung der Meldung Abekens eine übertriebene Bedeutung beigelegt hat. Nicht über den Inhalt der Depesche regte man sich in Paris auf, sondern über die Weitergabe des Vorfalles an die Presse und an die

fremden Regierungen; gerade das aber hatte der König persönlich angeregt und war nicht eine Zutat Bismarcks.

Mobilmachung, Kriegserklärung, Eröffnung der Feindseligkeiten.

Benedetti bestätigte am 14. Juli die Richtigkeit der „Emser Depesche“, indem er auf eine in der Nacht abgesandte Weisung Gramonts „noch eine letzte Anstrengung zu machen“ um 12.30 nachm. meldete:

„Nach der Erklärung, die mir der König gestern durch einen Adjutanten machen ließ, konnte ich mich nicht noch einmal an Se. Maj. wenden. In einer Unterredung mit dem Innenminister (Graf Eulenburg) hat dieser die Absicht bekundet, dem König mitzuteilen, wie wir uns die Zusicherung denken. Er hat versprochen mich wiederzusehen, hat mich aber dann nur wissen lassen, daß er mir nichts mitzuteilen habe.“

König Wilhelm fuhr nachmittags nach Koblenz, um sich von der Königin vor der für den kommenden Tag beschlossenen Rückreise nach Berlin zu verabschieden. Auf dem Bahnhof hatte sich Benedetti eingefunden, der nach dem Scheitern seiner Mission sich anschickte, Ems zu verlassen. Über dieses letzte Zusammentreffen meldete der Botschafter:

„Der König hat sich darauf beschränkt, mir zu sagen, daß er mir nichts mitzuteilen habe, und daß Verhandlungen, die noch folgen könnten, von seiner Regierung fortgesetzt würden.“

Eine Fortsetzung der Verhandlungen über die Garantien für die Zukunft würden freilich den Absichten Bismarcks nicht entsprochen haben. Doch auch die französische Regierung dachte nicht daran, sondern entschloß sich zum Krieg. Auf Grund der Meldungen Benedettis und der mit diesen Meldungen übereinstimmenden Emser Depesche trat nämlich am Mittag des 14. in Paris ein Ministerrat zusammen, der die Einberufung der Reserven, d. i. die volle Mobilmachung, beschloß. Nach einigem Schwanken wurde der Entschluß am späten Abend nochmals endgültig gefaßt. Gramont brachte in einer Unterredung mit dem bayerischen Gesandten nur zwei Beschwerdepunkte vor: Die Verweigerung der Audienz durch den König und die Bekanntgabe dieser Tatsache in der Presse, also zwei Punkte, die bei der Fassung Abekens genau ebenso gegeben waren wie bei der Bismarcks. Metternich meldete, daß der Krieg sicher sei, falls König Wilhelm nicht zurückweiche.

Von Berlin wurde den Gesandtschaften in Süddeutschland mitgeteilt, daß Fürst Gortschakow das Benehmen Frankreichs unbegreiflich finde, und daß Graf Beust erklärt habe, Kaiser Franz Josef wünsche den Krieg mit Preußen nicht, er (Beust) habe nach Paris geschrieben, Frankreich irre sich, wenn es auf die süddeutschen Staaten rechne. Bismarck hatte am Mittag des 14. Juli endlich den Bericht Werthers über den „Entschuldigungsbrief“ erhalten; seine Weisung an den Botschafter deckte sich mit der des Königs, den Bericht als „amtlich nicht geschrieben“ zu betrachten. Auch wurde der Botschafter auf Grund der königlichen Ermächtigung angewiesen, in Urlaub zu gehen und dem Botschaftsrat die Geschäfte zu übergeben.

Am folgenden Tage, 15. Juli, 1.00 nachm., verlangte Gramont im Senat, Ollivier in der Kammer einen Kriegskredit von 500 Millionen. Begründet war die Forderung mit fünf Punkten: Zurückweisung der französischen Garantieforderung, Verweigerung der Audienz, Mitteilung hierüber an die europäischen Kabinette, Beurlaubung Werthers, Beginn der preußischen Rüstungen. Die ersten drei Punkte finden sich schon in der Meldung Abekens, der vierte entsprach der vom König erteilten Genehmigung, der fünfte war frei erfunden. Im Senat gab es nur jubelnde Zustimmung zu den Krediten; in der Kammer verlangte die Opposition die Vorlage der Emser Depesche, die Ollivier nur der Kommission für die Kredite gezeigt hatte. Der Minister, der an diesem Tage das berüchtigte Wort vom „coeur léger“ sprach, weigerte sich, die Depesche vorzulegen, die erwiesen haben würde, daß nicht der Botschafter, sondern der König von Preußen der „Beleidigte“ war. Alle für Benedetti vielleicht kränkenden Ausdrücke wie „abfangen auf der Promenade“, „zuletzt sehr zudringliche Art“, „zuletzt etwas ernst zurückgewiesen“, waren ja von Bismarck gestrichen worden. Unter der kriegerischen Begeisterung der Mehrheit der Kammer schmolz die friedlich gesinnte Minderheit immer mehr zusammen. Der Antrag, die Depesche vorzulegen, wurde mit 164 gegen 83 Stimmen abgelehnt, die Kredite mit 264 gegen 10 bewilligt. Das war nach dem Urteil Paléologues gleichbedeutend mit der Kriegserklärung, die ein Havas-telegramm vorzeitig schon angekündigt hatte. Nach der Sitzung fragte der österreichische Gesandte in Brüssel Graf Vitzthum den Herzog von Gramont, wie es mit der Einberufung eines Kongresses stehe. Wütend schrie ihn der Minister an:

„Kongreß! Ich habe doch dem Kaiser erklärt, daß ich ihm mein Portefeuille vor die Füße werfen werde, wenn er noch einmal davon spricht . . . Wir haben unsere Reserven einberufen, nachdem Marschall Leboeuf erklärt hat, daß wir archiprêts sind.“

König Wilhelm trat am Morgen des 15. die Reise nach Berlin an. Der Kronprinz, Bismarck, Roon und Moltke fuhrten ihm entgegen. Bei Ankunft in der Hauptstadt wurden das Havastelegramm und der Bericht Werthers über die Sitzung im Senat bekannt. Meldungen des preußischen Militärattachés in Paris hatten schon vorher die Einberufung der Reserven gemeldet. Spät abends erging der Befehl für die Mobilmachung des norddeutschen Bundesheeres.

Am 16. Juli wurde die französische Kriegserklärung in Paris ausgefertigt und nach Berlin abgeschickt, jedoch nicht übergeben. Bayern und Württemberg ordneten die Mobilmachung an. Kaiser Alexander II. ließ mitteilen, daß er im Falle einer Kriegserklärung Österreichs an Preußen 300 000 Mann gegen Österreich aufstellen werde und trat die bei Krupp bestellten Geschütze an Preußen ab. Die preußischen Gesandtschaften in München und Wien wurden von der Zusage Rußlands verständigt. Das Londoner Kabinett versuchte am 16. eine Vermittlung, die am 17. in Paris abgelehnt und am 18. in Berlin als durch die Ereignisse überholt bezeichnet wurde. Gramont machte am 17. und 18. den fremden Diplomaten völlig widersprechende Mitteilungen: Dem bayerischen Gesandten sagte er, König Wilhelm habe Benedetti beleidigt, und Frankreich werde im Kriegsfall kein deutsches Gebiet sich aneignen; dem dänischen Gesandten sagte er, der König habe Benedetti nicht beleidigt, das Kriegsziel Frankreichs sei, Preußen tunlichst zu verkleinern, Dänemark werde, wenn es am Kriege teilnehme, Schleswig erhalten.

Am 19. Juli, 3.00 morgens, überschritten französische Kavalleriepatrouillen die preußische Grenze bei Saarbrücken, nahmen zwei Grenzaufseher gefangen und führten Waffen und Kassen fort. Mit dieser Verletzung deutschen Gebiets war für die süddeutschen Staaten der Bündnisfall gegeben. Am Nachmittag überreichte der französische Geschäftsträger in Berlin folgende Kriegserklärung:

„Die Regierung Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen, die in dem Vorhaben, einen preußischen Prinzen auf den spanischen Thron zu erheben, nichts anderes erblicken konnte als ein gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtetes Unternehmen, war genötigt, von Sr. Maj. dem König von Preußen die Zusicherung zu verlangen, daß eine solche Kombination sich nicht mit seiner Zustimmung verwirklichen lassen könnte. Da Se. Maj. der König von

Preußen die Erteilung dieser Zusicherung verweigert und im Gegenteil dem Botschafter Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen zu erkennen gegeben hat, daß er sich für diesen Fall wie für jeden anderen die Freiheit vorbehalten müsse, die Umstände in Betracht zu ziehen, hat die kaiserliche Regierung in der Erklärung des Königs einen für Frankreich wie für das allgemeine Gleichgewicht der Kräfte in Europa bedrohlichen Hintergedanken erblicken müssen. Diese Erklärung ist noch schwerwiegender geworden durch die den Kabinetten gemachte amtliche Mitteilung der Weigerung, den kaiserlichen Botschafter zu empfangen und sich in irgendwelche weitere Erörterung mit ihm einzulassen.

Folglich hat die Regierung Sr. Kais. Maj. es als ihre Pflicht erachtet, unverzüglich für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer bedrohten Interessen Sorge zu tragen; entschlossen, zu diesem Zweck alle Maßnahmen zu treffen, welche die ihr bereitete Lage fordert, betrachtet sie sich von jetzt ab als im Kriegszustande mit Preußen befindlich.“

Die Kriegserklärung stützte sich somit auf drei Punkte:

1. Bedrohung der „Sicherheit Frankreichs und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa“ durch die Verweigerung von Zusicherungen für die Zukunft, 2. Weigerung des Königs, den Botschafter zu empfangen und die Frage der Zusicherungen mit ihm zu erörtern, 3. Bekanntgabe dieser Weigerung an die Kabinette. Diese drei Beschwerdepunkte bestanden genau ebenso bei der Abekenschen Fassung der Emser Depesche. Mit keinem Worte behauptet die Kriegserklärung, daß die Vorgänge in Ems unrichtig wiedergegeben worden seien.

Am 20. Juli eröffnete der bayerische Ministerpräsident Graf Bray dem französischen Gesandten, daß Bayern wegen der Kriegserklärung an Preußen und wegen Verletzung der deutschen Grenzen (bei Saarbrücken) auf Grund des Bündnisvertrages verpflichtet sei, am Kriege gegen Frankreich teilzunehmen. Graf Beust ließ an diesem Tage in Paris mitteilen, daß Österreich sich für „abwartende Neutralität“ entschieden habe, nicht nur wegen mangelnder Kriegsbereitschaft und wegen der Haltung Rußlands, sondern auch deswegen, „weil die zehn Millionen Deutschen der Monarchie in dem Kriege nicht ein französisch-preußisches Duell, sondern den Beginn eines nationalen Kampfes sehen.“ Der französische Übermut hatte nicht nur die Gründung des Reiches von 1871 beschleunigt, sondern auch den großdeutschen Gedanken geweckt.

Am 2. August eröffneten die Franzosen die Feindseligkeiten mit stärkeren Kräften. Drei Divisionen überschritten die Grenze bei Saarbrücken und verdrängten von dort drei preußische Kompagnien und eine Eskadron.

Die Verantwortlichkeit Frankreichs für den Krieg von 1870 haben eine Reihe französischer Kronzeugen zugegeben: Napoleon III. in zwei eigenhändigen Briefen, Präsident Thiers in seiner Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, Botschafter Benedetti in seinen Berichten, Botschafter Paléologue in seinen Gesprächen mit der Kaiserin Eugénie, schließlich sogar der große Deutschenhasser Clemenceau.

Die Invasion von 1914.

Hinsichtlich der Verantwortlichkeit für den Kriegausbruch sei nur festgestellt, daß in allen Ländern, einschließlich Frankreichs, die Zahl derer ständig wächst, die zugeben, daß das Urteil von Versailles über die alleinige Verantwortlichkeit Deutschlands und seiner Verbündeten ein Fehlurteil ist.

Was sodann die militärischen Operationen betrifft, so waren 1914 Invasionen von allen kriegführenden Parteien geplant, auf französisch-russischer Seite doppelte Invasion Deutschlands von Westen und Osten. Der französische Generalstab hatte frühzeitige Invasion der Reichslande vorbereitet und setzte insbesondere große Hoffnungen auf die russische Invasion Ostpreußens, die nach seiner Berechnung bis zum 33. Mobilmachungstage zwei Drittel dieser Provinz erfassen sollte. Tatsächlich begann denn auch der französische Einfall in das Elsaß schon am 7. August, der in Lothringen am 12., der russische in Ostpreußen am 19. August.

Wenn der Invasion deutschen Bodens im Westen durch die Schlacht von Lothringen am 20. August ein rasches Ende bereitet und binnen der folgenden drei Wochen als Ergebnis weiterer Feldschlachten große Gebietsteile Frankreichs von deutschen Truppen besetzt wurden, so lag das daran, daß der französische Generalissimus nicht die geeigneten Maßnahmen zur Gegenwehr getroffen, sondern die auch nach französischen Angaben vorhandene zahlenmäßige Überlegenheit der französisch-englischen Streitkräfte in zwei getrennten Offensiven südlich und nördlich der deutschen Bastion Metz-Diedenhofen zersplittert hatte. Gegen die erdrückende Übermacht der russischen Invasion im Osten aber war überlegene Feldherrnkunst erforderlich, um sie bei Tannenberg zu zerschmettern.

Schlußfolgerungen.

Die Invasion von 1814 war eine schwache Wiedergutmachung der sechsjährigen Invasion deutschen Bodens, einer Invasion, die schließlich fast den gesamten europäischen Kontinent erfaßt hatte und sich vom Guadalquivir im Südwesten bis über die Düna im Nordosten erstreckte.

Die Invasion von 1815 war nach französischer Ansicht die Unterstützung des rechtmäßigen Königs gegen einen Usurpator.

Bei der Invasion von 1870 lagen alle Merkmale des Angriffs auf französischer Seite: achttägige Provokationen und Kriegsdrohungen durch Minister, Parlament und Presse, demütigende Forderungen von Garantien für die Zukunft, zuletzt in zudringlichster Art, endlich das unerhörte Verlangen eines Entschuldigungsbriefes (6.—13. Juli), Priorität der Mobilmachung (14. Juli), Bewilligung von Kriegskrediten (15. Juli), Kriegserklärung (19. Juli), Grenzverletzung (19. Juli), Eröffnung der Feindseligkeiten mit stärkeren Kräften (2. August).

Hinsichtlich der Invasion von 1914 ist gezeigt worden, daß sie nicht auf unzureichende Rüstungen Frankreichs und Rußlands noch auch auf defensive Operationspläne der französischen und russischen Heeresleitung zurückzuführen ist, sondern auf unzulängliche Verwendung der vorhandenen zahlenmäßigen Übermacht. Nicht Frankreich, sondern Deutschland ist berechtigt, Klage zu erheben wegen dreier Invasionen und zwar wegen dreier Invasionen binnen vier Jahren, nämlich der von Frankfurt und einiger badischer Städte im Frühjahr 1920, der dreier Ruhrorte im Frühjahr 1921, endlich der mit großer Heeresmacht unternommenen, von der englischen Regierung als vertragswidrig bezeichneten Invasion des Ruhrgebiets im Januar 1923.

Alfred von Wegerer

DER
ENTSCHEIDENDE SCHRITT
IN DEN WELTKRIEG

An Hand von Dokumenten und bisher unberücksichtigt gebliebenem Presse-material weist der Verfasser die primäre Schuld des zarischen Russland am Ausbruch des Krieges nach.

Es war nicht die vermeintliche Unannehmbarkeit des österreichischen Ultimatums an Serbien, noch die Intransigenz der Belgrader Regierung, die den Krieg auslösten, sondern es war Russland, das vom Kriegswillen be-seelt und von Poincaré bereitwilligst unterstützt, Serbien veranlasste, ent-scheidende Forderungen des Ultimatums abzulehnen und vor Übergabe seiner Antwortnote mobil zu machen. Damit war der Ausbruch des Krieges unvermeidlich.

Quaderverlag G.m.b.H., BerlinNW6

**In Reclams Universalbibliothek erschien unter
Nr. 7101**

Dr. h. c. Alfred von Wegerer

**Wie es zum
Großen Kriege
kam**

Vorgeschichte des Weltkrieges

gebunden 80 Pf., ungebunden 40 Pf.

BERLINER MONATSHEFTE

Herausgegeben von der Zentralstelle
für Erforschung der Kriegsursachen
Dr. h. c. Alfred von Wegerer

10. Jahrgang



Vierteljahresabonnement im Inland Mk. 3,50

„ im Ausland Mk. 4,00

Preis des Einzelheftes Mk. 1.20

Quaderverlag G. m. b. H., Berlin NW. 6

Tel. Norden (D 1) 5894

Postscheckkonto: Berlin Nr. 24197

Bankkonto: Delbrück, Schickler & Co., Berlin W 8

DIE WIDERLEGUNG DER VERSAILLER KRIEGSSCHULD- THESE

von ALFRED von WEGERER

240 Seiten Oktav

Kartoniert 7,20 RM. — Gebunden 8,40 RM.

AUS DEN URTEILEN DER PRESSE:

„Das Buch erscheint in vorzüglicher Weise geeignet, in das Fragengebiet kurz und klar einzuführen.“

AMTSBLATT DES BAYER. STAATSMINISTERIUMS FÜR
UNTERRICHT UND KULTUS, München, Nr. 5, 22. Mai 1929

„Der vorliegende Band, dessen Verfasser der Herausgeber von „Die Kriegsschuldfrage“ ist, verkörpert die ernsteste und vollständigste Anstrengung, die von der deutschen Wissenschaft zu dem Zweck gemacht worden ist auseinanderzusetzen, was der Verfasser und diejenigen, die mit ihm zusammen arbeiten, in Deutschland und anderswo einschließlich der Vereinigten Staaten unter dem Artikel 231 verstehen. Es verdient daher vollste Beachtung und gründlichste Aufmerksamkeit“.

PROFESSOR PITMAN B. POTTER im Aprilheft 1929 des
„American Journal of International Law“, Washington D. C

„Ich weiß es nicht sicher, glaube aber, daß in der ungeheuren „Kriegsschuld-literatur“ dieses Buch als das endgültige betrachtet werden muß, was den deutschen Standpunkt anbetrifft. Es ist wirklich schwer, sich ein Buch vorzustellen, das treffendere Schlußfolgerungen enthielte und das besser dokumentiert wäre als dieses. Die Geschichte ist hier zu exakter Wissenschaft geworden.“

GRAF BOSDARI, ehemaliger italienischer Botschafter in Berlin
(1929 gestorben) in der Zeitschrift „Rivista di Roma“
August/Septemberheft 1929.

VERLAG VON REIMAR HOBING IN BERLIN SW 61





395681

2